

Deutsche Wirtschaft will Künstlersozialkasse abschaffen

Firmen befürchten hohe Nachzahlungen

Von Carsten Dierig

BERLIN – Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) fordert die Abschaffung der Künstlersozialkasse (KSK). „Die Wirtschaft hat ordnungspolitische Bedenken bezüglich der Konstruktion der Künstlersozialkasse“, schreibt der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des DIHK, Achim Dercks, in einem Brief an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Sonderform der Sozialversicherung – die KSK übernimmt Teile der Sozialversicherung für rund 160 000 selbstständige Künstler und Fotografen, Publizisten und Journalisten oder Programmierer und Webdesigner – habe erhebliche Webfehler und belastete den deutschen Mittelstand.

Grund für den Vorstoß des DIHK ist die erstmalige systematische Überprüfung der Beitragszahlungen an die KSK. „Wir lassen derzeit über die Deutsche Rentenversicherung prüfen, ob die Wirtschaft ihren Verpflichtungen nachkommt“, sagt Willy Nordhausen, Leiter des Bereichs Auskunft und Beratung bei der KSK, im Gespräch mit der WELT. Lassen Unternehmen beispielsweise ihre Internetseiten von freien Webdesignern programmieren oder gliedern sie ihre Pressearbeit an Werbeagenturen oder PR-Berater aus, müssen sie derzeit laut dem Künstlersozialversicherungsgesetz 51 Prozent des jeweiligen Auftragswertes an die KSK abführen – auch wenn der Auftragnehmer nicht Mitglied der KSK ist oder im Ausland lebt und arbeitet.

Der Unmut der Unternehmen über die drohenden Zahlungen zeigt, dass bislang ein Großteil der Betriebe die eigentlich fälligen Beiträge offenbar nicht oder nur teilweise entrichtet hat. Das jedenfalls vermutet die KSK, die nun bis zum Jahr 2012 fast 300 000 Betriebe von den rund 3600 Kontrolleuren der Deutschen Rentenversicherung überprüfen lassen will. „Je mehr gezahlt wird, desto stärker können die Beiträge sinken“, sagt Nordhausen, der Politik und Gerichte hinter sich sieht. Warum, zeigt das Beispiel RTL. Der Kölner Fernsehsender hatte vor dem Sozialgericht in Köln

gegen einen Beitragsbescheid der KSK geklagt, nach dem RTL 173 000 Euro der Versicherung bezahlen muss, weil Dieter Bohlen von 2002 bis 2006 Jurymitglied bei der Casting-Show „Deutschland sucht den Superstar“ war. Die Richter allerdings entschieden zugunsten der Künstlersozialkasse.

Die anstehenden Rückforderungen der bislang entgangenen Beiträge dürften in die Millionen gehen, zumal die Gelder auch rückwirkend für die vergangenen vier bis fünf Jahre fällig werden. Der DIHK befürchtet daher, „dass die anfallenden Rückzahlungen Gewerbetreibende dazu zwingen wird, ihre Tätigkeit ganz einzustellen“. Daher sei es sinnvoll, die KSK mittelfristig nicht weiter fortzuführen. Mittlerweile hat sich schon die KSKontra gegründet, die sich als „Initiative gegen die ungerechtfertigte Künstlersozialabgabe“ versteht. Ziel von KSKontra sei es, gegen das für kleine Unternehmen existenzbedrohende Gesetz zu protestieren und möglicherweise sogar eine Sammelklage anzustreben.

Das Arbeitsministerium weist die Kritik des DIHK zurück. „Am Nutzen der Künstlersozialversicherung kann kein Zweifel bestehen“, sagt ein Sprecher des Arbeitsministeriums. Sie sei ein Eckpfeiler der deutschen Kultur- und Medienlandschaft und leiste einen unverzichtbaren Beitrag zur sozialen Sicherung in einem Bereich, der von den klassischen Sozialversicherungssystemen nicht erfasst werde.

Die Künstlersozialkasse existiert seit 1983 und ist eine Ausnahme in der deutschen Sozialversicherung. Mit ihr können selbstständige Künstler und Publizisten in die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung einzahlen, was anderen Selbstständigen in der Regel verwehrt bleibt. Die Versicherten tragen dabei die Hälfte des fälligen Beitrags, die andere Hälfte zahlen der Auftraggeber (30 Prozent) sowie der Bund (20 Prozent). Die Forderung des DIHK nach einem Verzicht auf rückwirkende Zahlungen weist das Arbeitsministerium zurück. Das benachteiligte Unternehmen, die ihren Pflichten seit Jahren nachkommen.

■ „Wir lassen derzeit prüfen, ob die Wirtschaft ihren Verpflichtungen nachkommt“

Willy Nordhausen,
Künstlersozialkasse